

**Presseerklärung vom 25. August 2013**



## **Wahlprüfsteine zum Atomausstieg Initiative gegen Politikverdrossenheit**

Die Groß-Gerauer Initiative Atomausstieg hat in den letzten Monaten die Kandidatinnen und Kandidaten des Kreises der bevorstehenden Wahlen am 22. September mit einem Fragenkatalog zu Atomkraft und Energiewende konfrontiert. Die Fragen reichten von einem Atomausstieg deutlich vor 2022 über den geplünderten Energie- und Klimafonds und die Atommüllentsorgung bis hin zum weiteren Vorgehen in Sachen Biblis und der Atomenergie im echten Wettbewerb.

Nach Rücklauf der Antworten wurden diese in mühevoller Kleinarbeit ausgewertet und mit fundiert recherchiertem Hintergrundwissen verglichen. Das Ergebnis kann auf der Internetseite der Initiative [www.atomausstieg-gg.de](http://www.atomausstieg-gg.de) eingesehen werden.

Mit Hilfe dieser Informationsplattform sollen sich interessierte Bürgerinnen und Bürger ein Bild von den Standpunkten der Politikerinnen und Politiker zu den Themen Atomenergie und Energiewende machen können.

Interessant hierbei ist, dass besonders die Regierungsparteien nicht in der Lage waren, auf die Fragen der Initiative präzise und strukturiert zu antworten, bzw. überhaupt zu antworten. Es handelt sich hierbei immerhin um Fragen, welche alle Menschen in Deutschland, die von einem atomaren Unfall betroffen wären, angehen.

Durch das Atomausstiegsgesetz von 2011 und das Endlagersuchgesetz von 2013 wird der Öffentlichkeit suggeriert, dass mit dem Atomausstieg und der Energiewende alles bestens auf den Weg gebracht wurde und keine Gefahren mehr bestehen. In den teilweise bis 2022 laufenden Atomkraftwerken kann sich aber immer noch jederzeit ein Störfall mit unabsehbaren Folgen ereignen, und auch die Endlagersuche verläuft schleppend.

Der AKW-Standort Biblis mit seinem Lager für radioaktive Brennelemente und strahlendem Bauschutt wird noch über lange Zeit eine Gefahr darstellen. Der Bürger zahlt fast allein den Ausbau regenerativer Energien. Von den Erneuerbaren wird schon nach zehn Jahren verlangt, dass sie marktfähig und bezahlbar sind, während seit Jahrzehnten die Atom- und Kohleindustrie mit Milliardenbeträgen subventioniert wird.

Die Antworten der Wahlkandidatinnen und Wahlkandidaten wurden von den Mitgliedern der Initiative den einzelnen Fragen zugeordnet. Diese werden in einer unveränderten Langversion mit den Original-Antworten und in einer kommentierten Kurzversion für interessierte Bürgerinnen und Bürger auf der Internetseite [www.atomausstieg-gg.de](http://www.atomausstieg-gg.de) präsentiert.

Eine Wahlempfehlung wird nicht gegeben. Die Initiative vertraut auf den mündigen Bürger.

### **Hinweis an die Redaktionen:**

Bei Rückfragen zu dieser PM wenden Sie sich bitte entweder an Frau Anka Lange-Etzel Tel. 06152/40620 oder Herrn Sascha Gersbeck Tel. 06105/4089890.